

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXII. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1949

## Inhalt

### Preisanpassungen, günstige Entwicklung der Produktion und der Beschäftigung

*Normalisierung der Preisstruktur — Rückbildung des Preisniveaus auf längere Sicht — Rückwirkungen auf die Produktion und die Beschäftigung*

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Die Entwicklung des Kreditvolumens im ersten Quartal 1949 — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne; — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

### Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

## Preisanpassungen, günstige Entwicklung der Produktion und der Beschäftigung

Die mit der Währungsreform eingeleitete Neuadjustierung des Preisgefüges der österreichischen Wirtschaft ist durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Erhöhung der Löhne sowie der Preise wichtiger Schlüsselprodukte (Strom, Kohle, Frachten) hat seit Mitte Juni auch in der gewerblichen Wirtschaft einen leichten Preisauftrieb ausgelöst. Die Preise einer Reihe gewerblicher Güter, darunter wichtiger Schlüsselprodukte, wie Eisen, Papier, Baustoffe, Kunstdünger und Häute, wurden bereits erhöht, weitere Preiserhöhungen sind geplant oder, soweit es sich noch um preisregelte Waren handelt, bei den Preisbehörden beantragt.

Der Preisauftrieb ist jedoch keineswegs allgemein. Viele Unternehmer haben trotz höherer Gestehungskosten noch ihre alten Preise beibehalten. Zum Teil warten sie das neue Preisregelungsgesetz ab, das den Kreis der preiskontrollierten Waren stark einschränkt. Zum Teil haben sie selbst in kostenmäßig begründeten Fällen und unbeschadet der Empfehlungen ihrer Organisationen auf Preiserhöhungen ganz oder teilweise verzichtet, weil sie bei höheren Preisen Absatzschwierigkeiten befürchten. Bei nachfrageelastischen Gütern und alten Lagerbeständen, die nicht den Qualitätswünschen der Konsumenten entsprechen, besteht sogar weiterhin ein beträchtlicher Preisdruck. Bezeichnend hierfür ist die Wiedereinführung bewährter Verkaufserleichterun-

gen, wie die Veranstaltung „Weißer Wochen“ für Textilien u. ä.

### Normalisierung der Preisstruktur

Bei den gegenwärtig zu beobachtenden Preisbewegungen handelt es sich im wesentlichen um eine Neuadjustierung des Preisgefüges, entsprechend den neuen durch das Preis-Lohn-Abkommen geschaffenen Kosten- und Nachfragebedingungen, ohne daß infolge der beschränkten Nachfrage gleichzeitig das gesamte Preisniveau stärker steigen könnte. Die seit Mitte Juni eingetretenen Preiserhöhungen betreffen vorwiegend Preise, die bisher künstlich unter dem Gleichgewichtspreis gehalten wurden oder durch kartellähnliche Vereinbarungen über die Konkurrenzpreise hinaus erhöht werden können. Die Preise auf den freien Märkten bleiben dagegen vielfach unverändert oder sinken.

Neben den Verschiebungen zugunsten der gebundenen Preise zeichnet sich vor allem eine relativ stärkere *Preiserhöhung der Rohstoffe* ab (Veränderung der vertikalen Preisstruktur). So wurde z. B. der Eisenpreis um 24% erhöht, während die Preise der eisenverarbeitenden Industrie im Durchschnitt nur um etwa 10% stiegen. Auch die papierverarbeitenden Industrien begnügen sich mit geringen Preiszuschlägen, obwohl sie durch teure Vorprodukte (der Papierpreise wurde bis zu 34% erhöht) und durch höhere eigene Regien belastet sind. Diese Ent-

Preiserhöhungen in der Eisen-, der Papier- und der Bau-  
stoffindustrie seit dem 3. Preis-Lohn-Abkommen

Eisenerzeugende Industrie <sup>1)</sup>	
<b>Rohstahl</b>	<b>Stabeisen</b>
Vorgewalzte Blöcke <sup>2)</sup> . . . . . 26'0	Universaleisen <sup>2)</sup> . . . . . 24'0
Brammen <sup>2)</sup> . . . . . 26'5	Faoneisen <sup>2)</sup> . . . . . 27'7
Zagel <sup>2)</sup> . . . . . 27'1	Bandeisen <sup>2)</sup> . . . . . 34'9
Platinen <sup>2)</sup> . . . . . 29'7	Vignolschienen <sup>2)</sup> . . . . . 33'1
Flammen <sup>2)</sup> . . . . . 30'7	Rillenschienen <sup>2)</sup> . . . . . 36'1
<b>Edelstähle</b>	<b>Bleche</b>
un- u. leichtlegiert 23'0 bis 25'0	Grobbleche (5mm u. mehr) <sup>2)</sup> 22'0
mittel- u. hochlegiert 11'0 „ 15'0	Feinbleche (bis 4'75mm) <sup>2)</sup> 6'0
Eisenverarbeitende Industrie	
Tür- u. Torschlösser . . . . . 25'0 <sup>4)</sup>	Emaillwaren . . . . . 7'0 <sup>4)</sup>
Drähte und Nägel . . . . . 21'0 <sup>4)</sup>	Öfen . . . . . 7'0 <sup>4)</sup>
Sämaschinen . . . . . 15'0 <sup>4)</sup>	Armaturen . . . . . 6'5 <sup>4)</sup>
Pumpen . . . . . 8'0 <sup>4)</sup>	Messerschmiedwaren . . . . . 5'0 <sup>4)</sup>
Holzverarbeitende und Papierindustrie	
Zellstoff . . . . . 63'0 <sup>4)</sup>	Superior . . . . . 32'0 <sup>4)</sup>
Papierspagat . . . . . 56'0	C-Stoff . . . . . 24'0 <sup>4)</sup>
Holzfreie Massen-	Holzfasersplatten . . . . . 23'0
papiere . . . . . 34'0	Holzdamplplatten . . . . . 15'0
Baustoffindustrie	
Gips . . . . . 33'0	Dachpappe . . . . . 10'0
Mauerziegel . . . . . 22'0	Heraklith . . . . . 10'0
Zement . . . . . 14'0	Sand (Mauer-, Deck-, Beton-
Kalk . . . . . 13'0	sand usw.) . . . . . 10'0 <sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Die Preiserhöhungen gelten nur für das Inland. Der eisenverarbeitenden Exportindustrie werden Preisnachlässe zugestanden (Halbzeug 15<sup>0</sup>/<sub>100</sub>, Fertigwaren 18<sup>0</sup>/<sub>100</sub>, Grobbleche 16<sup>0</sup>/<sub>100</sub>). — <sup>2)</sup> Grundpreis. — <sup>3)</sup> Grundpreis plus Zuschläge, bzw. „Auflagen“. — <sup>4)</sup> Durchschnitt.

wicklung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß bei Rohstoffen und Halbfabrikaten behördliche und private Preisbindungen vorherrschen, während im Bereich der Fertigwaren schon bisher überwiegend Konkurrenzpreise bestanden. Außerdem haben die Kostenerhöhungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens (vor allem die Erhöhung der Kohlen- und Strompreise sowie der Frachttarife) die Grundstoffindustrien meist stärker belastet als die weiterverarbeitenden Industrien. Durch diese Preisverschiebungen büßen die Fertigwarenindustrien einen Großteil des Preisvorsprungs<sup>1)</sup> ein, den sie sich vielfach in der ersten Nachkriegszeit sichern konnten. (Die Fertigwarenindustrien haben ihre meist nur schwer kontrollierbaren Preise schon nach dem ersten Preis-Lohn-Abkommen soweit erhöht, als es die Marktlage zuließ, während die Preise wichtiger Produktionsmittel, wie Kohle, elektrische Energie, Eisen u. a. m., durch eine rigorose Preiskontrolle vielfach unter dem Kostenniveau gehalten wurden.)

<sup>1)</sup> Vor dem dritten Preis-Lohn-Abkommen betragen z. B. die Preise landwirtschaftlicher Maschinen etwa das 6-fache, der Eisenpreis jedoch nur das 3<sup>5</sup>-fache und der Strompreis sogar nur das Eineinhalbfache der Vorkriegszeit. Dieser Preisvorsprung sicherte den weiterverarbeitenden Industrien trotz stark verminderter Produktivität günstige Startbedingungen, verleitete aber vielfach zu einer unwirtschaftlichen Zersplitterung der Produktionsprogramme.

Gleichzeitig mit der Rektifizierung der vertikalen Preisstruktur verschieben sich die Preisrelationen zugunsten von Gütern mit *inelastischer* Nachfrage (Verschiebung der horizontalen Preisstruktur). Diese Entwicklung hat bereits nach dem Währungsschutzgesetz eingesetzt, nachdem bis dahin der paradoxe Zustand herrschte, daß die (kaum kontrollierten oder überhaupt freien) Preise entbehrlicher Güter weitaus höher waren als die (streng kontrollierten) Preise wichtiger Konsumgüter und Produktionsmittel. Sie wird jedoch durch die unmittelbaren und mittelbaren Preiserhöhungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens noch verstärkt, da gerade die Preise einiger wichtiger Güter, wie Lebensmittel, Kohle, Eisen und die Leistungen der öffentlichen Versorgungsbetriebe, beträchtlich erhöht wurden. Gleichzeitig erhöht sich der Preisdruck bei allen entbehrlichen (nachfrageelastischen) Gütern, da durch die Kaufkraftverlagerung von der privaten Sphäre zur öffentlichen Hand Unternehmer und Konsumenten mehr denn je alle entbehrlichen Ausgaben einschränken.

Der sich abzeichnende Umbau der österreichischen Preisstruktur ist sicherlich mit bedeutenden Anpassungsschwierigkeiten verbunden. Die österreichische Wirtschaft tauscht jedoch dafür die Vorteile einer fortschreitenden Normalisierung der Preisstruktur ein. Durch die Angleichung wichtiger Schlüsselpreise an die Gleichgewichtspreise eines freien Preissystems werden in Zukunft viele Fehlinvestitionen, die bei der bisherigen verzerrten Preisstruktur unvermeidlich waren, unterbleiben. Auch die Konsumenten, die bisher durch künstlich tiefgehaltene Preise über die Knappheit einzelner Güter irreführt wurden, werden in Zukunft ihre Ausgaben rationeller verteilen.

Das konsequente Festhalten der österreichischen Wirtschaftspolitik an dem einmal gewählten Weg von der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft, der vielfach unpopuläre Maßnahmen erforderte, beginnt auch im Außenhandel Früchte zu tragen. In der ersten Nachkriegszeit waren in Österreich die Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise verhältnismäßig tief, die Fertigwarenpreise und die Preise minderwertiger Güter dagegen hoch, während sich die Weltmarktpreise gerade umgekehrt verhielten; nämlich hohe Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise und verhältnismäßig niedrige Fertigwarenpreise. Diese Preisdisparitäten erschwerten eine Auflockerung der Außenhandelslenkung außerordentlich. Inzwischen sind jedoch auf den Weltmärkten unter steigendem Angebotsdruck gerade die Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise stark gefallen, während sie in Öster-

reich schrittweise erhöht wurden. Die Angleichung der österreichischen Preisstruktur an die Preisrelationen auf den Weltmärkten gestattet es der österreichischen Wirtschaft, sich allmählich in eine relativ freie Weltwirtschaft einzugliedern, ohne daß übermäßige zusätzliche Anpassungsschwierigkeiten befürchtet werden müssen. Österreich hat sogar den Vorteil, daß es das Auf und Ab der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise auf den Weltmärkten in der ersten Nachkriegszeit vermieden hat.

### Rückbildung des Preisniveaus auf längere Sicht

Neben den Vorteilen müssen jedoch auch die Gefahren, die die Neuadjustierung des Preisgefüges mit sich bringt, beachtet werden. Der *Lebenshaltungskostenindex* nach einem friedensmäßigen Verbraucherschema erreichte im Juli 508·8 (April 1945 = 100) gegenüber 427·3 im Mai (vor dem Preis-Lohn-Abkommen). Dieser rund 19% igen Steigerung, die trotz dem unrealistischen Verbraucherschema des Index weitgehend mit der tatsächlichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten übereinstimmen dürfte<sup>1)</sup>, steht eine nur 10·6% ige Steigerung der Nettotariflöhne gegenüber (für einen verheirateten Arbeiter mit 2 Kindern; für Unverheiratete und Verheiratete ohne Kinder erhöhen sich die Nettolöhne nur um 3·3% bzw. 5·0%). Eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung könnte leicht neue Lohnforderungen auslösen. Der ungestörte Verlauf der Preisanpassung hängt also wesentlich davon ab, daß sich die Preise innerhalb des bestehenden Preisniveaus, das heißt in der Weise einspielen, daß die Preiserhöhungen auf der einen Seite (für lebenswichtige Güter) durch Preissenkungen auf anderen Gebieten (für minder wichtige Güter) ausgeglichen werden, und nicht im Zuge einer allgemeinen Aufwärtsbewegung.

Ein weiteres fühlbares Steigen der Lebenshaltungskosten ist allerdings ziemlich unwahrscheinlich. Die private Nachfrage wurde durch das Preis-Lohn-Abkommen so sehr zu Gunsten der öffentlichen eingeschränkt, daß sich weitere Preissteigerungen mangels entsprechender Nachfrage kaum auf die Dauer durchsetzen können. Viele Unter-

<sup>1)</sup> Die rein saisonbedingte Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Juni wurde durch rückläufige Kartoffel-, Gemüse- und Obstpreise im Juli wieder ausgeglichen. Auch die vom tatsächlichen Konsum abweichende Verbraucherszusammensetzung des Index fällt nicht entscheidend ins Gewicht, da einem zu hoch eingesetzten Schweinefleischverbrauch eine zu niedrige Verbrauchsmenge bei Mehl und Brot gegenübersteht, deren Preise ebenfalls bedeutend erhöht wurden.

nehmer, die zunächst noch nach dem sogenannten „Kostendeckungsprinzip“ kalkulieren und ihre Preise ohne Rücksicht auf die Marktlage hinaufsetzen, werden sehr bald durch den rückläufigen Absatz wieder zu Preisermäßigungen, vielfach unter den Stand vor dem Preis-Lohn-Abkommen gezwungen sein. Das mit steigender Industrieproduktion (der Produktionsindex erhöhte sich von 94·2 im Jänner auf 126·0 im Mai; 1937 = 100) und der guten Ernte<sup>2)</sup> langsam wachsende Angebot wird den Preisdruck auf einzelnen Märkten noch bedeutend verschärfen.

Auch von der *Geldseite* wirken stabilisierende Kräfte, die einem weiteren Steigen des allgemeinen Preisniveaus entgegenstehen. Der *Notenumlauf*, der im Jahre 1948 noch monatlich um rund 150 Mill. S zunahm, ist von Ende Dezember 1948 bis Ende Juni 1949 nur noch um 162 Mill. S, d. s. 27 Mill. S monatlich, gestiegen. Die fortschreitende Stabilisierung des Notenumlaufes ist in erster Linie den hohen Eingängen auf ERP-Konten zu verdanken, die sich von monatlich 150 Mill. S im Jahre 1948 auf monatlich 250 Mill. S im ersten Halbjahr 1949 steigerten<sup>3)</sup>.

Die *Kreditexpansion* der Kreditinstitute hält dagegen noch an. Im ersten Quartal 1949 wurden rund 700 Mill. S zusätzliche Kredite gewährt, gegenüber nur 500 Mill. S im ersten Quartal 1948 unmittelbar nach dem Währungsschutzgesetz<sup>4)</sup>. In Zukunft ist jedoch auch mit einer Verlangsamung der Kreditexpansion zu rechnen, da die Liquidität der Kreditinstitute stark abgenommen hat (Ende Jänner 1948 waren 20·7% der freien Spar- und Scheckeinlagen durch freie Nationalbank-Giro-Guthaben der Kreditinstitute gedeckt, Ende Dezember 1948 dagegen nur noch 8·4% und Ende Mai 1949

<sup>2)</sup> Die diesjährigen *Ernteerträge* bei Brotgetreide werden nach offiziellen Schätzungen voraussichtlich die im Long-term-Programm für 1949 bei Weizen mit 14 q und bei Roggen mit 13 q je Hektar angenommenen Werte übertreffen. Auf Grund der bisherigen Druschergebnisse dürften sie ungefähr den Ertragswerten des Jahres 1943 (Weizen 16·5, Roggen 14·5 q je Hektar) entsprechen. Der Gesamtertrag an Getreide läßt sich zur Zeit noch nicht abschätzen, da die Größe der Anbauflächen noch nicht bekannt ist.

<sup>3)</sup> Im Juli ist der Notenumlauf allerdings wieder um rund 200 Mill. gestiegen. Das stärkere Steigen erklärt sich aus dem erhöhten Geldbedarf der Wirtschaft infolge des dritten Preis-Lohn-Abkommens sowie aus vorübergehend niedrigeren Eingängen auf ERP-Konten. In den kommenden Monaten dürfte sich der Notenumlauf neuerlich stabilisieren.

<sup>4)</sup> Nur im vierten Quartal 1948 war die Kreditausweitung (hauptsächlich saisonbedingt) mit 770 Mill. S etwas größer.

sogar 5,5%)<sup>5)</sup>. Außerdem dürfte die Erhöhung der Debetzinsen der Sparkassen die Kreditnachfrage drosseln.

Zur weiteren Stabilisierung der Währung wird auch die verhältnismäßig günstige *Budgetlage* beitragen. Die Steuereingänge im ersten Halbjahr 1949 haben entgegen vielfacher pessimistischer Voraussetzungen den Voranschlag um 248 Mill. S übertroffen. Der Ausfall an Tabaksteuer und Weinsteuern wurde durch weitaus höhere Erträge bei den direkten Steuern (vor allem die Erträge der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Gewerbesteuer sind stark gestiegen) mehr als wettgemacht.

Die Erträge der öffentlichen Abgaben im ersten Halbjahr 1949

	Quartals- durch- schnitt 1948	I. Quartal 1949 in Mill. S	II. Quartal 1949
Direkte Steuern . . . . .	453'3	611'3	689'7
Umsatzsteuer und Zölle . . . . .	199'9	268'0	309'9
Verbrauchssteuern . . . . .	308'1	259'6	285'1
Gebühren- und Verkehrs- steuern . . . . .	65'7	79'8	137'3
Summe . . . . .	1.027'0	1.218'7	1.422'0
ab Überweisungen an Län- der und Gemeinden . . . . .	359'7	433'6	485'6
Verbleibende Netto- einnahmen . . . . .	667'3	785'1	936'4

Schließlich muß als weiteres preisstabilisierendes Moment der vom *Außenhandel* ausgehende Preisdruck erwähnt werden. Die rückläufige Tendenz der Weltmarktpreise wird den Preisauftrieb vieler Waren im Inland dämpfen, vor allem dann, wenn Importbewilligungen etwas freizügiger vergeben werden. Andererseits mögen auch die zunehmenden Exportschwierigkeiten — die allerdings bisher, wie die neuerdings gestiegenen Ausfuhrziffern (von 258 Mill. S im April auf 291 Mill. S. im Mai) beweisen, das Exportvolumen kaum entscheidend beeinflußt haben — viele Exporteure bewegen, den Inlandmarkt bevorzugt zu beliefern.

Preiserhöhungen werden sich daher auf die Dauer nur bei einigen bisher stark zurückgebliebenen Preisen lebenswichtiger Güter durchsetzen können. Auf längere Sicht ist sogar mit neuen Preisenkungen zu rechnen, die sich auch auf die Lebens-

<sup>5)</sup> Im Juli hat sich die Liquidität der Kreditinstitute weiter verschlechtert, da sie für ihre Kreditgewährungen 340 Mill. S bei der Nationalbank flüssig machten.

haltungskosten auswirken und die Reallöhne wieder heben werden. Selbst Unternehmerabreden zur Hochhaltung der Preise werden diese Tendenz kaum entscheidend verzögern können, da sie mit Ausnahme einiger weniger festgefügtter Kartelle bei rückläufigem Absatz erfahrungsgemäß von selbst zerfallen.

### Rückwirkungen auf die Produktion und die Beschäftigung

Das dritte Preis-Lohn-Abkommen vermochte bisher die günstige Entwicklung der Produktion und des Beschäftigtenstandes nicht zu stören. Die *industrielle Produktion* ist im Mai um 8% gestiegen und liegt damit um 26% über dem Stand von 1937. Für Juni ist ein leichter Rückschlag zu erwarten. Dieser ist jedoch ausschließlich durch erhöhte Reparaturarbeiten (Schwerindustrie) und durch die Urlaube bedingt. Hingegen ist die Zahl der *Beschäftigten* auch noch im Juni gestiegen (um 18.100 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen ist um weitere 10.200 Personen gesunken. Ende Juni waren noch 80.645 Personen vorgemerkt, gegenüber 138.652 Ende Februar.

Ungeachtet dieser günstigen Entwicklung werden sich in absehbarer Zeit Anpassungsschwierigkeiten ergeben. Dem doppelten Druck, dem die gewerbliche Wirtschaft durch die erhöhten Gestehungskosten einerseits und die beschränkte Nachfrage andererseits ausgesetzt ist, werden sicherlich nicht alle Betriebe standhalten können. Wenn es auch einem Großteil der Industrie möglich sein müßte, die durch das Preis-Lohn-Abkommen eingetretene Kostensteigerung durch eine Verbesserung der Produktivität wettzumachen — so ist doch im Zuge der Umschichtung der Nachfrage vor allem in Zweigen mit starren Kosten und elastischer Nachfrage mit vereinzelt Betriebsstilllegungen und Produktionseinschränkungen zu rechnen. Die Schwierigkeiten vieler Betriebe werden durch die steigende Steuerlast zusätzlich verschärft (der Ertrag an direkten Unternehmersteuern — Gewerbesteuer, veranlagte Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer — ist von 275,1 Mill. S im Quartalsdurchschnitt 1948 auf 480,6 Mill. S im zweiten Quartal 1949 gestiegen). Ernsthaft, die Gesamtproduktion und den Beschäftigtenstand beeinträchtigende Störungen könnten jedoch vermieden werden, wenn sich die Produktion, wie dies bisher trotz aller Bindungen der Fall war, als genügend anpassungsfähig erweist.